

ABOLISH FRONTEX

END THE EU BORDER REGIME

#AbolishFrontex

Warum diese Broschüre?

Am 18.12.2021 fand in Wien und vielen anderen Städten EU-weit der #AbolishFrontex Aktionstag statt. Das nahmen wir zum Anlass uns die sog. „Grenzschutzagentur“ und die durch Frontex verkörperte repressive Migrationspolitik der EU genauer anzuschauen. Herausgekommen ist diese Recherche. Eines ist klar: Frontex muss abgeschafft werden!

– Vernetzung #AbolishFrontex

1. Was macht Frontex überhaupt?

Die „Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache“ Frontex, kurz für „frontières extérieures“, wurde im Jahr 2004 gegründet und hat ihren Sitz in Warschau. Laut eigenen Angaben ist Frontex dafür zuständig, „die Mitgliedstaaten und Schengen-assozierten Länder beim

Schutz der Außengrenzen des EU-Raums zu unterstützen“. Frontex agiert auf der rechtlichen Grundlage einer 2004 vom Rat der EU erlassenen Verordnung, die in den Folgejahren ergänzt und deren Handlungsspielräume 2016 infolge der „Flüchtlingsbewegung“ massiv ausgeweitet wurde.

Finanziert wird Frontex durch die EU und europäische Schengen-Länder, die dadurch den Ankauf von Schiffen, Helikoptern, Drohnen und Waffen sowie die Beschäftigung von 10 000 Grenzschutzbeamten:innen bis 2021 gewährleisten.

Neben dem aktiven Einsatz von Grenzschutzbeamten:innen führt Frontex auch „Risikoanalysen“ und „Schwachstellenbeurteilungen“ durch, die das „Risikolevel“ für die EU hinsichtlich einer „Bedrohung“ durch Migration bestimmen. Dies wird dazu genutzt, die Ausweitung von Grenzkontrollen und damit die Aufstockung eigener Ressourcen zu rechtfertigen.

Durch die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen

Behörden ist Frontex eine zentrale Koordinatorin und Wegbereiterin für Abschiebungen. In der gesamten EU bietet Frontex personelle und materielle "Unterstützung" für Mitgliedstaaten, die ihre Grenzkontrollmaßnahmen verstärken wollen. Frontex erleichtert EU-Ländern auch den Erwerb von Überwachungs- und Grenzkontrolltechnologien indem es zwischen Mitgliedstaaten und Verteidigungs- & Sicherheitsunternehmen vermittelt.

Frontex kooperiert zudem mit der sogenannten libyschen Küstenwache, die für zahlreiche Pullbacks nach Libyen verantwortlich ist, und führt sogar Schulungen für sie durch.

In der Zusammenarbeit mit Drittländern wird zum einen Druck ausgeübt, von Europa abgeschobene Menschen (wieder-)aufzunehmen. Zum anderen arbeitet Frontex aktiv daran mit EU-Grenzkontrollen zu externalisieren und entsendet hierfür Beamt:innen u.a. nach Niger und Senegal.

Frontex-Grenzschutzbeamt:innen waren Berichten zufolge wiederholt an illegalen Pushbacks beteiligt und sind direkt und indirekt für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Dokumentiert wird die von europäischen Institutionen

ausgehende Grenzgewalt, an der Frontex maßgeblich Anteil hat, im „Black Book of Pushbacks“, das auf 1500 Seiten die Berichte von über 12 000 Menschen festhält.

Quellen:

»<https://frontex.europa.eu/de/>

»<https://abolishfrontex.org/frontex/>

»<https://left.eu/issues/publications/black-book-of-pushbacks-volumes-i-ii/>

»https://de.wikipedia.org/wiki/Frontex#Geschichte_der_Frontex-Eins%C3%A4tze

2. Wo ist Frontex aktiv?

Neben einer Reihe an Regionalbüros innerhalb der EU, rühmt sich Frontex mit ihrer zunehmenden Präsenz an den EU-Außengrenzen im Rahmen von vier Haupt-Operationen:

Mit der Operation Minerva, Indalo sind mehr als 180 Frontex-Beamt:innen an den spanischen See- und Landgrenzen im Einsatz, in der Operation Poseidon sind bis zu 600 Beamt:innen in Griechenland aktiv und die Operation Themis (vor 2018 Operation Triton genannt) bezieht sich auf italienische Grenzräume. Mittlerweile ist Frontex auch verstärkt am europäischen Festland aktiv, wo sie vor allem Operationen an den kroatischen und ungarischen Grenzen durchführt.

Doch die Aktivitäten von Frontex beschränken sich schon lange nicht mehr nur auf EU-Gebiete. In Kombination mit verschärften „Grenzsicherungs“-Narrativen weitete Frontex ihre Einflussbereiche in den letzten Jahren drastisch aus. Im Rahmen sog. „internationaler Kooperationen“ ist Frontex auch in Drittstaaten involviert, indem sie personelle und materielle Ressourcen, z.B. in Form von Autos, Fliegern oder Überwachungstechnologien, zur Verfügung stellt.

Seit 2016 arbeitet Frontex daran ein Netzwerk sog. „Frontex Liaison Officers“ (FLO) in Nicht-EU-Staaten aufzubauen. Diese FLOs können als von Frontex geschulte Expert:innen verstanden werden, die derzeit in der Türkei, in Serbien, in Albanien, im Niger und im Senegal eingesetzt sind. Ein FLO-Amt in der Ukraine ist in Planung. Durch Verhandlungen zu sog. „Statusvereinbarungen“ mit Montenegro, Nordmazedonien und Bosnien und Herzegowina wird derzeit außerdem versucht Frontex stärker entlang der Balkanrouten zu stationieren.

Auch um Kooperationen mit afrikanischen Staaten ist Frontex bemüht, um dadurch die Grenzüberwachung aus Europa auszulagern. Zentral ist

hier die Zusammenarbeit von Frontex und Libyen: indem Frontex im südlichen Teil des Mittelmeeres in Seenot geratene Boote an die libysche Küstenwache weiterleitet, ermöglicht sie sog. „Pullbacks“ nach Libyen. Dass die libyschen Institutionen nachweislich an massiven Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, scheint weder Frontex noch die EU abzuschrecken. Das zeigt sich zudem in der EU Border Assistance Mission (EUBAM) in Libyen, in der auch Frontex durch einen Experten vertreten ist.

Weitere Pläne zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten umfassen Überlegungen, Ausschiffungen in den Senegal und die Türkei durchzuführen: Somit sollen Asylsuchende, die im Atlantik oder im Mittelmeer von Frontex aufgegriffen werden, statt in derzeit als zuständige geltende europäische Mittelmeerstaaten in diese beiden Nicht-EU-Staaten gebracht werden können.

Quellen:

»[https://frontex.europa.eu/we-support/main-operations/operations-minerva-indalo-spain-/](https://frontex.europa.eu/we-support/main-operations/operations-minerva-indalo-spain/)

»<https://frontex.europa.eu/we-build/other-partners-and-projects/liaison-officers-network/>

»<https://www.asyl.at/files/435/frontex.pdf>

»<https://www.state-watch.org/news/2020/september/frontex-report-on-cooperation-with-third-countries-in-2019/>

3. Frontex und ihr angekratztes Image

Die Europäische Union hat sich über die letzten Jahrzehnte international einen „guten Ruf“ gemacht, gilt als liberal und ist sogar Trägerin eines Friedensnobelpreises. Doch während die EU allzu gerne verteidigt und die europäische Identität als Zeichen des Zusammenhalts beschworen wird, ist klar: der Ruf bröckelt. Menschenrechtsverletzungen stehen in europäischen Staaten, so auch durch die Grenzschutzagentur Frontex, an der Tagesordnung. Berichte gibt es zu Genüge. Täglich kommen neue dokumentierte Fälle von Gewalt durch Grenzbeamt:innen hinzu, welche von Betroffenen und NGOs geteilt, in seltenen Fällen sogar in Zeitungen zu lesen sind. So auch der Fall eines afghanischen Übersetzers, welcher unlängst in Griechenland gemeinsam mit weiteren People on the Move (PoM) aufgegriffen, misshandelt und brutal in die Türkei abgeschoben wurde. Warum es dieser Fall in die Medien schaffte?

Der Mann war bei Frontex beschäftigt gewesen.

Dieser Fall, der es in die New York Times und bis in die höchsten politischen EU-Ämter schuf, zeigte so einiges auf. Zum einen enttarnte er auf zynische Art die viel beschworene „Integration durch Arbeit“, welche „gut integrierte“ Menschen vor Abschiebungen bewahren soll, als einen rassistisch motivierten Vorwand. Zum anderen wird deutlich, dass für nicht-weiße Menschen auch ein legaler Status keine Garantie dafür ist, dass europäische Behörden (Menschen-)Rechte einhalten. Schließlich zeigt dieser Fall nicht nur das Versagen individueller Beamt:innen auf, sondern wie auch durch Augenzeugenberichte von über 100 weiteren, gewaltvollen Pushbacks und Übergriffen bestätigt, dass dieses Vorgehen System hat, ja schlichtweg das System *ist*.

Dass Frontex um ihr zunehmend angekratztes Image weiß, wurde dieses Jahr allzu klar. Wir erinnern an einen von Frontex am 9. Mai 2021 anlässlich des Europatags veranstalteten Fotowettbewerb. In einer PR-Aktion der Sonderklasse forderte Frontex seine Mitarbeiter:innen auf, Fotos in drei Kategorien einzuschicken, um das Bild des „Freund und Helfers“ an

der Grenze zu bemühen. Um gegen diese verachtenswerte PR-Kampagne zu protestieren, wurde zum sog. #contestofshame aufgerufen. Am 9. Mai wurden die Kanäle von Frontex mit Fotos geflutet, die die reale Situation an den Grenzen aufzeigten. Keine „Helfende Hand an der Grenze“, wie eine der besonders perfiden Einsendungskategorien für den Fotocontest hieß, sondern Bilder von Menschen, an denen die durch Grenzschutzbe-amt:innen zugefügten Verletzungen zu sehen waren. Keine „Grenzlandschaften“, sondern Bilder von Zelten, in denen Menschen auch bei Minusgraden übernachten müssen.

Eine Reaktion von Frontex auf diesen Protest blieb aus, ein Artikel titelte „Frontex - a photo competition gone wrong“. Der Fotocontest ist jedoch mehr als nur eine fehlgeschlagene PR-Kampagne. Frontex ist nichts anderes als die institutionalisierte Abschottungspolitik eines Europas, das sich, wie diese PR-Kampagne deutlich zeigt, mehr um das öffentlichkeitswirksame Image von Menschenrechten kümmert, als um Menschenrechte selbst.

Quellen:

»<https://www.euronews.com/2021/05/10/eu-border-agency-frontex-criticised-by-ngos-for-photo-competition>
»<https://www.europeanwaves.com/opinion/frontex-a-photo-competition-gone-wrong/>
»<https://seebruecke.org/aktuelles/frontex-foto-wettbewerb-stoeren>
»<https://medium.com/are-you-syrious/ays-daily-digest-13-04-2021-frontex-photo-competition-and-counter-measures-434f9a80511a>
»<https://www.nytimes.com/2021/12/01/world/europe/greece-migrants-interpreter-expelled.html>

4. Die österreichische Beteiligung an Frontex

Österreich mischt ordentlich mit, wenn es um die Verteidigung der Festung Europa geht. Im Zuge der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 wurde unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ das Projekt Frontex 2.0 wesentlich vorangetrieben. Dieses beinhaltet die Aufstockung einer eigenen Einsatztruppe über 10.000 Personen und eine wesentliche Budgeterhöhung. Ex-Kanzler Sebastian Kurz rühmt sich bis heute noch für seinen Beitrag an der Verschärfung des europäischen Grenzregimes.

Daten der letzten Jahre zeigen, dass sich rund 350-400 österreichische Einsatzbeamt:innen an den Frontex-

Einsätzen beteiligen. Zudem befinden sich derzeit rund 280 Exekutivkräfte im sogenannten „Frontex-Pool“. Seit 2005 entsendet Österreich Expert:innen an Frontex, um die Zusammenarbeit in der grenzpolizeilichen Kontrolle zu stärken. Im Rahmen des europäischen Überwachungsnetzwerks EUROSUR wurde auch in Österreich ein National Coordination-Center installiert, das für die nationale Koordination der „Grenzüberwachungsaktivitäten“ zuständig ist. Frontex ist auf diese Daten angewiesen und nutzt sie zur Verschärfung der Einsätze.

Das österreichische Innenministerium gibt in zahlreichen Dokumenten auch an, in die technische Aufrüstung des „Grenzmanagements“ zu investieren, um die Frontex-Einsätze unterstützen zu können. Es werden also nicht nur die direkten Frontex-Einheiten zunehmend militarisiert, sondern auch die nationalen Grenzbehörden für die weitreichenden Überwachungs- und Rückdrängungstätigkeiten in der Zusammenarbeit mit Frontex ausgerüstet.

Die zuletzt veröffentlichten Frontex-Files haben weiters die Beteiligung österreichischer Behörden und Firmen an zahlreichen Frontex-Lobbytreffen ans Licht gebracht. So etwa der Waffenhersteller Glock und das

mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Austrian Institute of Technology, das laut eigenen Angaben „federführend am Aufbau eines Pilotprojektes zum digitalen Grenzmanagement“ etwa in der Koordination der Frontex-Projekte Foldout und Fastpass beteiligt ist. Das Glock-Lobbying hat sich ausgezahlt: Frontex beauftragt den österreichischen Waffenhersteller Ende Oktober 2021 mit Aufträgen in der Höhe von 3,7 Millionen Euro.

Das Bundesministerium für Fremden- und Asylwesen berichtet quasi wöchentlich über die aktive österreichische Beteiligung an Frontex-Charterabschiebungen. Teilweise übernimmt Österreich hierfür sogar die Organisation. Dabei wird auch kein Hehl daraus gemacht, dass im Juni 2021 - also nur wenige Wochen vor der Übernahme des Landes durch die Taliban - noch Personen aus Österreich im Rahmen einer Frontex-Charterabschiebung nach Afghanistan abgeschoben wurden. Das BFA schmückt seinen Jahresbericht von 2020 mit einer bunten Grafik unter dem Titel „Trotz COVID-19 Pandemie gute Arbeitsergebnisse“. Die Zahlen zeigen: Österreich führte 2020 knapp 4000 Abschiebungen durch, das entspricht ca. 10 Personen täglich!

Quellen:

»[https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1065/
https://www.europarl.europa.eu/aus-
tria/de/aktuell-
presse/meldungen/meldungen-2019/januar-
2019/pr-2019-jan-6.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1065/https://www.europarl.europa.eu/aus-
tria/de/aktuell-
presse/meldungen/meldungen-2019/januar-
2019/pr-2019-jan-6.html)

»https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_02112/index.shtml

»https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_02026/index.shtml

»https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/iss_hauser_frontex.pdf

»https://www.bmi.gv.at/107/EU_Foerderung/Finanzrahmen_2014_2020/ISF/files/Nationales_Programm_ISF.pdf

»<https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe>

»<https://www.ait.ac.at/news-events/single-view/detail/6727?cHash=b649665bf79d1967f6718d561e51caea>

»<https://www.bfa.gv.at/news.aspx?id=76394E6B5647676F6D474D3D>

»<https://www.bfa.gv.at/news.aspx?id=4B75666E6A6B335150754D3D>

5. Wie wird Frontex finanziert?

Als EU-Agentur wird Frontex aus dem EU-Haushalt und durch Beträge der assoziierten Schengen-Länder finanziert. Das heißt, dass alle europäischen Staaten indirekt über die Einzahlung in den EU-Haushalt an der Finanzierung von Frontex beteiligt sind. Dabei stieg das Budget, das

Frontex zur Verfügung gestellt wird, seit der Gründung 2004 stetig um über 7000%. Wurde die sogenannte europäische „Grenzschutzbehörde“ zu Beginn mit 6 Mio. Euro finanziert, so liegt der Beitrag 2021 bei über 500 Mio. Euro plus zusätzlicher 24 Mio. aus der Schweiz. Das Budget muss jährlich vom europäischen Parlament und der Kommission freigegeben werden, wodurch das Vorgehen von Frontex direkt durch die Zustimmung der EU legitimiert wird.

Abseits dieses Budgets kann Frontex mittlerweile auf eine breite Basis angeschaffter Ressourcen, wie Schiffe, Drohnen und militärische Ausrüstung zurückgreifen. Zunehmend investiert Frontex in den Ankauf von Waffen, mit denen die Grenzbeamten ausgestattet werden sollen und in biometrische Überwachungstechnologie. Die Finanzierung dieser Ausrüstung beträgt über 121 Mio. Euro. Zusätzlich werden neben den 142 Mio. an Personalkosten, auch sogenannte „Return Activities“ mit 50 Mio. Euro unterstützt, unter die Abschiebeflüge und Pushbacks fallen.

Bundeskanzler und ehemaliger Innenminister Karl Nehammer forderte zuletzt im Juli 2021 zum

Einsatz von Frontex die Finanzierung eines Grenzzauns an der litauischen-belarussischen Grenze. Eine direkte Finanzierung wäre nicht möglich gewesen, aber die EU-Kommission unterstützte Litauen bei ihrem Grenzmanagement mit rund 10 Mio. Euro.

Viele aktivistische Gruppen in ganz Europa, vor allem in der Schweiz, fordern einen „Widerstand gegen die Frontex-Finanzierung“. Der Schweizer Nationalrat beschloss dieses Jahr, die Finanzierung der Agentur von 14 auf 61 Mio. Franken zu erhöhen. Das Migrant Solidarity Network plant seitdem ein Referendum einzuleiten und verweist auf die über 44 000 Opfer der EU-Abschottungspolitik. In der Schweiz stimmberechtigte Menschen können bei einem Referendum gegen diese Erhöhung abstimmen. Infos dazu unter:

<https://frontex-referendum.ch/>

Quellen:

»https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/Budget/Budget_2021.pdf

»<https://www.derstandard.at/story/2000128594041/frontex-schickt-mehr-beamte-an-litauische-grenze>

»<https://frontex.europa.eu/about-frontex/faq/key-facts>

»<https://abolishfrontex.org/frontex/>

»<https://gruene.ch/kampagne/menschen-rechte-statt-grenzgewalt-keine-finanzierung-von-frontex>

»<https://frontex-referendum.ch/>

»<https://www.blick.ch/politik/linke-aktivisten-sammeln-unterschriften-widerstand-gegen-frontex-finanzierung-id16910603.html>

»[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021B0111\(02\)&from=SV](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021B0111(02)&from=SV)

6. Warum ist Frontex problematisch?

Auf diese Frage gibt es eine Reihe an Antworten, die wir zum Abschluss noch einmal zusammenfassen und um einige Punkte erweitern möchten.

Beteiligung an Pushbacks und Pullbacks

Wie schon weitgehend bekannt, ist Frontex nachweislich an Pushbacks beteiligt, in denen People on the Move häufig gewaltvoll über die EU-Außengrenzen in Nicht-EU-Staaten zurückgedrängt werden. Damit wird diesen Menschen das Recht, um Asyl anzufragen, verwehrt. Der Beitrag von Frontex an Pushbacks erfolgt sowohl durch direkte Beteiligung von Frontex-Beamt:innen als auch indirekt durch die Bereitstellung von Überwachungstechnologien und Fahrzeugen für nationale Grenzbehörden.

Zusätzlich sind Frontex und die EU für die Kooperation mit der sog. libyschen Küstenwache scharf zu kritisieren, die Frontex durch die Luftraumüberwachung des zentralen Mittelmeeres und der Übermittlung dieser Daten bei Pullbacks unterstützt, also beim systematischen Zurückholen von Menschen, die auf dem Weg nach Europa sind. In Libyen herrscht seit Jahren ein Bürgerkrieg und in den „Auffanglagern“ für Flüchtende herrschen fatale Missstände: es wird von Misshandlungen, Zwangsarbeit und Morden berichtet. Auch wenn Frontex die Vorwürfe weiterhin lieber leugnet, anstatt ihnen ernsthaft nachzugehen, beweisen zahlreiche Recherchen und Zeug:innenaussagen das Gegenteil.

Militarisierung von und mit Frontex

Spätestens seit der Veröffentlichung der Frontex Files ist klar, dass Frontex massiv mit der Waffenindustrie lobbyiert. Dabei fungiert die Agentur v.a. als Vermittlungsinstanz zwischen offiziellen Stellen und der Rüstungsindustrie, indem sie Treffen und sogar Messen arrangiert, in denen militärisch-industrielle Unternehmen ihre Produkte vermarkten können.

Seit Mandatserweiterungen 2019 ist Frontex befugt, selbstständig

Ausrüstung anzukaufen - auch darin äußert sich die Rolle dieser vermehrten Vernetzungstreffen. In fast schon zynischem Gegensatz zum Frontex-Mandat zu „Grenzschutz und Sicherung des Schengenraumes“ sind diesen Veranstaltungen keinerlei nationale oder ethische Grenzen gesetzt.

Bewaffnung von Frontex-Personal

2019 wurde eine Verordnung erlassen, in denen das Mandat von Frontex erweitert wurde. Neben einer Verdreifachung des Budgets und der Implementierung einer „ständigen Reserve“ von 10.000 Beamt:innen, sieht die Agenda auch die Ausstattung dieser mit Schusswaffen vor – obwohl Frontex keine Agentur mit Exekutivmacht ist. Neben der grundlegenden Frage, wozu bewaffnetes Personal für Frontex notwendig wäre, stellt sich auch die Frage der juristischen Belangbarkeit von Frontex-Beamt:innen, da die rechtliche Grundlage zur Bewaffnung fehlt. In einigen Balkan-Staaten, mit denen Frontex kooperiert, unterstehen die Mitarbeiter:innen der Agentur außerdem rechtlicher Immunität, was die Verfolgung potenziellen Fehlverhaltens weiter erschwert.

Überwachung

Neben der zunehmenden Grenz-Militarisierung fördert Frontex auch die Überwachung von Grenzräumen sowohl am Land als auch auf See. Die beworbenen Kontrolltechnologien reichen von Luftraumüberwachung und Tracking-Systemen bis hin zur Nutzung biometrischer Daten. Etliche Menschenrechtsorganisationen warnen vor potenziellen Verletzungen der Privatsphäre und der Grundrechte wie auch vor Diskriminierung durch technologische Fehler.

Fehlende Kontrolle und Intransparenz

Worin die genannten Problematiken zusammenlaufen, ist die mangelnde Transparenz und das Fehlen von Kontrollmechanismen innerhalb der Institution selbst. Obwohl es offiziell Beschwerdestellen und sogar eine:n Grundrechtsbeauftragte:n gibt, sind diese zum einen unterfinanziert und zum anderen in die Agentur integriert, wodurch keine unabhängige Kontrolle gewährleistet werden kann. Interne Untersuchungen zu Push- bzw. Pullback-Vorwürfen bleiben daher nicht überraschend folgenlos.

Externe Kontrollinstanzen wie die Kommission oder der Europarat besitzen kein Weisungsrecht und

können damit keinen direkten Einfluss auf Frontex ausüben. Mittlerweile hat der Europarat zwar einen Frontex-Untersuchungsausschuss eingerichtet und auch die EU-Antibetrugsbehörde OLAF ermittelt. Jedoch bestätigen Berichte darüber, wie der Frontex-Chef die Ermittlungen behindert, die völlige Undurchsichtigkeit der Agentur und ihrer Aktivitäten.

Frontex hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet und wird dies mit einer Verfünffachung des Budgets seit 2014 und Mandatserweiterung von 2019 auch weiterhin tun. Die Entwicklungen zeigen, dass sich Frontex zunehmend verselbstständigt und von jeglichen Kontrollmechanismen entbindet.

Doch das ist kein Zufall.

Die EU baut seit Jahren einen Diskurs des „Grenzschutzes“ und „externer Bedrohungen“ auf, inklusive eines umfangreichen Überwachungssystems und Grenz militarisierung. Frontex fungiert hier „nur“ als der operative Arm der EU-Abschottungspolitik. Daher reicht es nicht, Frontex als Agentur zu reformieren, sie muss gänzlich abgeschafft werden! Denn Frontex dient der Gewährleistung der Festung Europa und diese heißt es einzureißen. ABOLISH FRONTEX!

Quellen:

»<https://balkanbruecke.org/frontex/>
»<https://verfassungsblog.de/frontex-and-the-duty-to-respect-and-protect-human-rights/>
»<https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe>
»<https://www.statewatch.org/analyses/2021/briefing-external-action-frontex-operations-outside-the-eu/>
»<https://www.spiegel.de/ausland/frontex-skandal-anti-betrugsbehoerde-ermittelt-gegen-eu-grenzschutzagentur-a-36d882d3-3b14-46bc-aa4b-d1129bcd065>
»<https://www.spiegel.de/ausland/frontex-skandal-fabrice-leggeri-behindert-pushback-ermittlungen-a-fbece717-caa8-4308-9317-0d5e4cb7cce2>
»<https://www.arte.tv/de/videos/098815-000-A/lager-der-schande-europas-libyen-deal/>

"Tagtäglich sterben Menschen an den Grenzen der europäischen Union. Frontex trägt dazu entscheidend bei: ob illegale Pushbacks in Kroatien unter dem Einsatz von Tränengas und brutaler Gewalt oder das systematische Zurückdrängen von Schlauchbooten im Mittelmeer. Die EU ist für diese Menschenrechtsverletzungen verantwortlich!"

(Sonja B. - Seebrücke Wien)



Foto: Vernetzung #AbolishFrontex

"Österreichs Migrationspolitik ist grundlegend rassistisch und menschenfeindlich. Ex-Kanzler Kurz rühmt sich noch bis heute für die Schließung der "Balkanroute". Neukanzler Nehammer wollte noch vor wenigen Monaten Menschen in den sicheren Tod nach Afghanistan abschieben und fordert eine "Alternative zu Menschenrechten" - Wir fordern endlich deren Einhaltung!"

(Ida H. - Vernetzung #AbolishFrontex)